

**International Federation of Resistant Fighters (FIR) -  
Association of Antifascists**

# Newsletter

weekly news for veterans and antifascists of today



**Newsletter vom 05.06.2026**

## **Vor 90 Jahren in Frankreich: Volksfront-Politik gegen Rechtsentwicklung**

Wir erinnern daran, dass vor 90 Jahren das gemeinsame Handeln der Arbeiterparteien und anderer antifaschistischer Kräfte in Frankreich zu einem politischen Machtwechsel geführt hat. Der Sozialist Léon Blum (SFIO) wurde am 4. Juni 1936 Premierminister („Président du Conseil“) einer linken Koalitionsregierung, unterstützt von den kommunistischen Abgeordneten, ohne dass die PCF selber in diese Regierung eintrat. Schon im Frühjahr 1936 hatten sich die linken Parteien gegen die Gefahren der Rechtsentwicklung auf ein Volksfront-Programm verständigt. Hinzukam, dass auch die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung nach langjähriger Spaltung überwunden werden konnte. So entstand Anfang 1936 die parteiübergreifende „Confédération General du Travail“ (CGT) als einflussreichste Massenorganisation.

Für die im Mai 1936 anstehenden Parlamentswahlen verständigten sich die linken Parteien, im zweiten Wahlgang den jeweils Bestplatzierten als gemeinsamen Kandidaten zu unterstützen.

Damit konnte die Linke deutlich mehr Mandate erreichen als in allen vorherigen Wahlgängen. Zwar hatte sich das Stimmenverhältnis zwischen den Blöcken der Rechtsparteien und der linken Parteien nur geringer verändert (die Parteien der Rechten verloren 100.000 Stimmen = 4,2 Millionen, die Linken gewannen 300.000 Stimmen = 5,4 Millionen), dennoch erreichten die Parteien der Volksfront bei den Kammerwahlen im Mai 1936 eine klare Mehrheit, wobei der PCF nicht nur seine Wählerzahl auf 1,5 Mio. verdoppelte, sondern die Mandatszahlen auf 72 Abgeordnete versechsfachte.

Obwohl es noch kein gesetzliches Frauenwahlrecht gab, holte Blum auch drei Ministerinnen ins Kabinett. Die Reaktion der extremen Rechten und ihrer Medien waren entsprechend. Gegen Leon Blum wurde – in der Tradition der Dreyfus-Affäre – eine antisemitische Kampagne gegen den „juif errant“ (wurzellosten

Juden) entfacht, die vor unhaltbaren Verdächtigungen und böartigen Spekulationen nicht zurückschreckte.

Die Volksfront-Regierung weckte in Frankreich hohe Erwartungen an eine linke politische Entwicklung. In spontanen Massenbewegungen entlud sich der jahrelang aufgestaute soziale Druck. Eine Streikbewegung erfasste das ganze Land. In Betrieben und Verwaltungen begannen Kämpfe gegen politische Kündigungen oder für wirtschaftspolitische Forderungen. Auf dem Höhepunkt der Streikwelle Anfang Juni 1936 kämpften anderthalb bis zwei Millionen Lohnabhängige. Diese Bewegung erfasste nicht nur Arbeiter, sondern fand Unterstützung bei Bauern, kleinen Händlern und selbst Geschäftsleuten. Sie versorgten die Streikenden mit Nahrungsmitteln. Das Ergebnis waren die „Accords Matignon“. Damit wurde geregelt: sofortiger Abschluss kollektiver Arbeitsverträge; Anerkennung der Gewerkschaften und Einstellung jeglicher Diskriminierungsmaßnahmen wegen Gewerkschaftszugehörigkeit und -tätigkeit; Wahl von Arbeiterdelegierten in den Betrieben; Anpassung anormal niedriger Löhne und eine allgemeine Lohnerhöhung von durchschnittlich 12%.

Diese Vertragsbestimmungen wurden ergänzt durch eine Reihe von Sozialgesetzen, die in den folgenden Tagen im Parlament zur Abstimmung gelangten: Einführung der Vierzigstundenwoche; Gesetz über den kollektiven Arbeitsvertrag; bezahlter Urlaub von zwei Wochen; Nationalisierung eines Teils der Rüstungsindustrie und Reorganisation der Banque de France. Die Parlamentsbeschlüsse über die „Accords Matignon“ und die Sozialgesetzgebung liefen zumeist einstimmig. Zu groß war das Erschrecken – auch der rechten Parteien – über die Kampfbereitschaft auf betrieblicher Ebene, die spontanen Betriebsbesetzungen und andere Aktionsformen, deren „Ausufern“ man auf alle Fälle verhindern wollte. Die Annahme der Gesetze war zudem von den Streikausschüssen als Voraussetzung für eine Wiederaufnahme der Arbeit ausgegeben worden. Durch diese Beschlüssen wurde die Erinnerung an die Volksfront-Regierung nachhaltig geprägt.

Diese Volksfrontregierung zeigte anfangs eine deutliche antifaschistische Orientierung. Ausgehend von den Erfahrungen des faschistischen Februaraufstandes 1934 wurden am 30. Juni 1936 die rechtsextremen «Bünde» (ligues), die bestehenden Ansätze von faschistischen Massenorganisationen, verboten und aufgelöst. Auch bezogen auf die Ausländerpolitik änderte sich die Haltung der französischen Regierung. So wurde der rechtliche Status von politischen Flüchtlingen und rassistisch Verfolgten verbessert. Sie mussten sich – nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer in Frankreich – nicht mehr regelmäßig bei der Fremdenpolizei melden und bekamen zudem eine Arbeitsgenehmigung. Damit konnten viele Emigranten eine legale Existenz in Frankreich aufbauen. Die Erinnerung an die Volksfront-Regierung in Frankreich zeigt, wie die Kraft der geeinten antifaschistischen Kräfte tatsächlich gegen Rechtsentwicklung und

für soziale Verbesserungen eingesetzt werden kann. Wir vergessen aber auch nicht, dass die Regierung Blum bezogen auf die Verteidigung der spanischen Republik gegen den Franco-Putsch nach anfänglicher Unterstützung in Absprache mit der britischen Regierung das so genannte „Nicht-Einmischungs-Abkommen“ mit dem faschistischen Italien und Hitler-Deutschland abgeschlossen hat.

**Fédération Internationale des Résistants (FIR) - Association Antifasciste**

**Office:** Magdalenenstr. 19, D-10365 Berlin

**Phone:** ++49-(0)30-55 57 90 83-4

**Internet:** [www.fir.at](http://www.fir.at); **E-Mail:** [office@fir.at](mailto:office@fir.at),

**facebook:** [www.facebook.com/FederationInternationaleResistants/](https://www.facebook.com/FederationInternationaleResistants/)

**Donations welcome:** Banque account: Postbank Berlin, Owner: FIR

**IBAN DE 04 1001 0010 0543 0541 07 SWIFT-BIC: PBNKDEFF.**